



Dirk Messner,
Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), Co-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der
Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)

Wie kann globale Nachhaltigkeit gelingen?

Jun ***Eine Strategie für globale Entwicklung***
12

So viel globale Interdependenz war nie! Und genau darum sollte Deutschland in der globalen Nachhaltigkeitspolitik eine transformative Rolle spielen. Hierzu muss es zu allererst eine Reihe von Fragen beantworten: Wie können die internationalen Fähigkeiten aller Ressorts mobilisiert und vernetzt werden? Kann die Zusammenarbeit in Vorreiterallianzen die Schwerfälligkeit des Multilateralismus beheben? Wie kann es gelingen, eine Kultur globaler Kooperation zu befördern? Viele Reformansätze sind bereits vorhanden, sie müssten aber mit weit mehr Kraftaufwand realisiert werden.

Seit dem Ende des Kalten Krieges schaffen vier sich wechselseitig verstärkende Wellen globalen Wandels eine neue Realität des internationalen Systems:

1. eine vernetzte Weltwirtschaft: die sich beschleunigende ökonomische Globalisierung, die vielfältige Chancen und zugleich globale Verwundbarkeiten und Risiken schafft;
2. diffuse Machtarchitekturen: die tektonischen Machverschiebungen in Richtung aufsteigender Länder, allen voran China, Indien, Brasilien, die die Dominanz des Westens unterminieren und polyzentrische Machtkonstellationen und -blockaden hervorbringen;
3. Anthropozän – das Erdzeitalter der Menschen: die Erkenntnis, dass die Menschen zur treibenden Kraft im Erdsystem geworden sind und im Verlauf dieses Jahrhunderts ein Erdsystemwandel mit unabsehbaren Folgen für bald neun Milliarden Menschen wahrscheinlich ist, wenn die Weltwirtschaft dem etablierten, treibhausgasgetriebenen und ressourcenbasierten Wachstumspfad weiter folgt;
4. Kommunikationsinfrastrukturen für die Weltgesellschaft: erstmals in der Geschichte der Menschheit ermöglichen die neuen Kommunikationstechnologien den weltumspannenden Austausch von

Informationen, Wissen, Nachrichten in Echtzeit, eröffnen damit auch neue, virtuelle, grenzüberschreitende Kooperationsräume und schaffen zugleich nie gekannte Formen der Datenkontrolle und -überwachung.

Für die neue Realität des internationalen Systems einer hochgradig vernetzten Welt ist noch keine politische Ordnung "ge- und erfunden", die dafür sorgen könnte, Sicherheit, Wohlstand und Demokratie für möglichst viele Weltbürger zu sichern.

Die neue Realität des internationalen Systems

Die Dynamiken des 19. Jahrhunderts brachten die industrielle Revolution, die modernen Nationalstaaten, die sukzessive Verbreitung der Ideen der Aufklärung und die Dominanz westlicher Gesellschaften hervor. Das 20. Jahrhundert wurde durch parallele dominante Entwicklungen geprägt.

Hierzu zählen u.a. zwei Weltkriege, in deren Zentrum Europa stand, die Anarchie des internationalen Systems der Nationalstaaten mit dem Versuch der Erfindung einer internationalen Sicherheitsarchitektur um die Vereinten Nationen herum und der Siegeszug der Marktwirtschaften, der enorme Wohlfahrtsgewinne für etwa 1 Milliarde Menschen ermöglichte.

Das 21. Jahrhundert steht im Zeichen einer entstehenden Weltgesellschaft, die eine nie gekannte Dichte von globalen kulturellen, ökonomischen und politischen Vernetzungen ermöglicht. Es entsteht eine Weltmarktwirtschaft, von der auch nicht-westliche Gesellschaften beginnen zu profitieren, die zugleich die Grenzen des Erdsystems zu überschreiten droht.

Globale Systemrisiken fordern eine - zu Beginn des 21. Jahrhunderts - diffuse politische Weltordnung ohne eindeutiges Zentrum heraus, deren Problemlösungsstrategien sehr unterschiedliche Formen annehmen wie die Verrechtlichung (z. B. Etablierung des ICC), informelle Koordinationsnetzwerke (wie der G 7, G 20, BRICS) oder Rückfälle in zuweilen anachronistisch erscheinende Machtpolitiken (wie in der aktuellen Ukraine-Krise) zeigen.

Wir leben in einer "Zwischenzeit" – zwischen der Epoche der Nationalstaaten, in der das Leben der meisten Menschen im Wesentlichen von den Dynamiken innerhalb ihrer Staaten abhing, solange nur "äußerer Friede" gewährleistet war, und der Epoche einer hochgradig vernetzten Weltgesellschaft, auf deren "Steuerung" Nationalstaaten nur begrenzten Einfluss haben. Zugleich leben wir aber auch in einer Übergangsphase, in der sich entscheidet, ob die Menschheit lernt, Verantwortung für die Stabilität des Erdsystems und damit die Existenzgrundlagen vieler kommender Generationen zu übernehmen.

Ohne eine neue Qualität globaler Kooperation werden unsere Gesellschaften mit neuen Risiken konfrontiert, die durch grenzüberschreitende Dynamiken und die damit verbundenen Unsicherheiten, Volatilitäten und Legitimationskrisen "der Politik" ausgelöst werden. Die "alte Außenpolitik" des 19. und 20. Jahrhunderts war vor allem mit der Sicherheitspolitik eng verschränkt, um die Souveränität der Staaten zu

schützen.

Die "neue Außenpolitik" muss mit nahezu allen anderen Politikfeldern verwoben sein, die in weltweite Interdependenzgeflechte eingebunden sind. "Weltinnenpolitik", "Global Governance" sind Begriffe, die diese neue Realität abzubilden versuchen. Überlegungen dazu finden sich schon im Brandt Report von 1980 oder auch im Bericht der Commission on Global Governance von 1995.

In diesen frühen Phasen der Diskussion zu Global Governance waren die zweite, dritte und vierte Welle globalen Wandels allerdings noch nicht einmal erkennbar. Beliebte sind diese Begriffe nicht, denn schnelle, einfache Fortschritte sind kaum zu erwarten. Es liegen auch keine elaborierten Blaupausen vor, wie eine Transformation globaler Kooperation aussehen müsste, um den neuen Realitäten gerecht zu werden.

Diese neue Realität des internationalen Systems muss die Folie sein, vor der die Zukunft deutscher und europäischer Außenpolitik zu diskutieren ist. Die Alternative wäre, globale Interdependenzen zu verdrängen, ein Muster, dem die internationale Gemeinschaft z. B. vor der aktuellen globalen Finanzmarktkrise folgte. Verdrängung und Realitätsverweigerung sind jedoch offensichtlich keine zukunftsfähigen Strategien.

Deutschland als Gestaltungsmacht

Deutschland steht ökonomisch derzeit gut da. Internationale Partner erwarten größere Beiträge Deutschlands zur Bewältigung internationaler Krisen und zur Gestaltung globaler Prozesse. Dies eröffnet Spielräume, impliziert aber auch hohe Anforderungen an die deutsche Politik.

Ein bisschen geht es Deutschland wie China. Noch vor zwei Dekaden war Deutschland (wie China) ein außen- und globalpolitischer Zwerg. Heute müssen beide Länder sich zu nahezu allen außen- und globalpolitischen Fragen positionieren. Die externen Erwartungen sind nicht leicht zu erfüllen.

Dazu bedarf es weltumspannender Netzwerke, Agenda-Setting-Fähigkeiten, Prioritäten, finanzieller und personeller Ressourcen, militärischer Kapazitäten, internationaler und globaler Expertise in nahezu allen Ministerien, einer weltweit gut positionierten und vernetzten Forschung zu globalen Fragen. All dies kann nur Schritt für Schritt entwickelt werden.

Steigende externe Erwartungen an die außen- und globalpolitische Verantwortung eines Landes, das in der Vergangenheit eher in der zweiten Liga spielte, resultieren leicht in Bauchladenstrategien – überall ein bisschen mitgestalten, ein bisschen dabei sein, niemanden enttäuschen wollen. Ad hoc-ismus ist jedoch das Gegenteil von strategischem Handeln.

Diese Betrachtung ist natürlich holzschnittartig, aber sie betont Herausforderungen, über die ich im Rahmen meiner Forschungs- und Beratungstätigkeiten in den letzten

Jahren in China ähnlich intensiv diskutiert habe wie in Berlin. Im Unterschied zu China braucht Deutschland aber auch eine starke EU mit der dazugehörigen Eurozone als Rahmen und Rückhalt für den Einsatz der oben genannten Instrumente einer Gestaltungsmacht.

Die Beobachtungen von drei externen Betrachtern der deutschen Außenbeziehungen umschreiben die Herausforderungen, vor denen Deutschland steht. Andrew Cooper, einer der führenden Forscher zu Global Governance-Dynamiken stellte kürzlich fest: "Neben den USA und China ist Deutschland derzeit aufgrund seiner ökonomischen Leistungsfähigkeit, seines geschätzten Gesellschaftsmodells und seiner Rolle als Klima- und Energiewendepionier das potenziell einflussreichste Land in der Weltpolitik."

Jennifer Morgan, Direktorin der Klima- und Energieabteilung des World Resources Institute in Washington, kommentierte die Bedeutung der deutschen Energiewende für die Außenpolitik so: "Wenn die US-Regierung eine solch epochale Energiewende eingeleitet hätte, würde sie dafür in der Welt mit hunderten von Energiebotschaftern werben, um Bündnispartner zu gewinnen und die Richtung globalen Wandels zu gestalten, so wie sie es nach der Verkündung des Apollo-Programms und im Rahmen des Marshallplans getan hat. Etwas Vergleichbares sieht man in Deutschland nicht."

Ein Mitglied einer OECD-Expertenkommission, die 2010 die deutsche Entwicklungspolitik evaluierte, fasste seine Eindrücke wie folgt zusammen: "Das alles fühlt sich nicht nach einem der wichtigsten bilateralen Geber, einem Global Player an. Deutschland spielt unter seinen Möglichkeiten."

Von den Ruck-Reden hin zur globalen Nachhaltigkeitspolitik

Die Ruck-Rede von Bundespräsident Gauck während der Münchener Sicherheitskonferenz sowie ähnliche Stellungnahmen von Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen zur gestiegenen Verantwortung Deutschlands in der Außen- und Weltpolitik waren wichtige Weckrufe.

Der Fokus der Beiträge konzentrierte sich auf sicherheitspolitische Themenfelder. Wie zentral diese sind nach wie vor sind verdeutlichen die weltpolitischen Geschehnisse der letzten Monate: Syrien steht für ein Regime, dessen autoritärer Herrscher aufgrund der missglückten Versuche von Teilen des Westens, einen Regimewechsel herbeizuführen, noch fest an der Macht festhalten kann. In Libyen wurde ein Diktator mit Unterstützung von außen gestürzt, Aufbauhilfen blieben jedoch begrenzt und der Staatszerfall droht.

Mali, die Zentralafrikanische Republik, Südsudan oder auch Afghanistan stehen für die gut 30 Länder, die man als gescheiterte Staaten bezeichnen kann und von denen regionale oder auch internationale Sicherheitsbedrohungen ausgehen können. Die Ukraine-Krise dokumentiert, dass selbst in Europa überwunden

gegläubte Territorialkonflikte nicht der Vergangenheit angehören. Sicherheit ist und bleibt demnach ein zentrales Feld der Außenpolitik.

Die tektonischen Machtverschiebungen und damit einhergehende Rivalitäten zwischen "alten" und aufsteigenden Mächten sowie die Relativierung der Rolle der USA als Weltordnungsmacht schaffen neue Sicherheitsprobleme und erschweren deren Bearbeitung.

Doch globale Interdependenzprobleme beschränken sich nicht auf das Feld der Sicherheitspolitik, wie die Skizze der vier Wellen globalen Wandels zeigt.

Ein weiteres zentrales Feld, das durch internationale Kooperation bearbeitet werden muss, ist die globale Nachhaltigkeitspolitik. Die Stichworte sind bekannt: im anbrechenden Anthropozän werden die Menschen zu einer das Erdsystem verändernden Kraft; unbeherrschbarer Klimawandel und andere Kipp-Punkte im Erdsystem sind von der Wissenschaft umfassend beschrieben.

Die Menschheit wird de facto zum Architekten des Erdsystems, verweigert sich jedoch bisher dieser vielleicht größten Gestaltungsaufgabe des 21. Jahrhunderts. Viele Beobachter halten diese Herausforderungen für umweltpolitische Fragestellungen ("soft politics", Randgebiete der internationalen Politik), denen man sich engagierter oder auch weniger enthusiastisch zuwenden könnte.

Es handelt sich hier aber um eine profunde Transformation der Weltwirtschaft, darum, Wohlstand, Sicherheit und Demokratie einer neun Milliarden-Zivilisation in den Grenzen des Erdsystems zu organisieren. Das Erdsystem ist das größte globale Gemeinschaftsgut (global common), das es zu stabilisieren und für viele Generationen zu bewahren gilt.

Für die Zukunftsfähigkeit der globalen Marktwirtschaft wird die Nachhaltigkeitsfrage im 21. Jahrhundert so entscheidend sein, wie die Einbettung der kapitalistischen Dynamiken nach der industriellen Revolution in demokratische und wohlfahrtsstaatliche Systeme in den westlichen Industriegesellschaften.

Eine Ruck-Rede zur Rolle Deutschlands in der globalen Nachhaltigkeitspolitik steht aus. Die Klimakanzlerin wäre die perfekte Protagonistin. Der Bundespräsident, der Außenminister, aber auch der Entwicklungs-, die Umwelt- und die Wissenschaftsminister/innen könnten wichtige Rollen spielen. Sie müssten verdeutlichen, dass eine globale Nachhaltigkeitswende in einem engen Zeitfenster gelingen muss und diese Aufgabe auch in Zeiten der Renaissance vielfältiger Sicherheitsprobleme keinen Aufschub duldet.

Eine Strategie für globale Entwicklung

Eine deutsche Strategie für globale nachhaltige Entwicklung könnte vier Komponenten umfassen:

1. Eine wirksame Energieaußenpolitik müsste Länder zusammenführen, die

ambitionierte klimaverträgliche Energietransformationen vorantreiben. Signifikante gemeinsame Forschungs-, Ausbildungs- und Diffusionsinvestitionen, regulatorische Lernprozesse, möglicherweise Handelspolitiken wären darauf ausgerichtet, gemeinsame Vorteile zu schaffen. Der vom ehemaligen Umweltminister Altmaier etablierte "Club der Energiewendeländer" könnte Ausgangspunkt einer solchen Initiative sein. Die Schaffung eines transformativen Energiewende-Clubs würde Prozesse des Übergangs zu einer klimaverträglichen Weltwirtschaft beschleunigen und zugleich sukzessive die Bedingungen für ein erfolgreiches multilaterales Klimaregime verbessern.

2. In den aufstrebenden Ökonomien (insbesondere Asiens) entsteht in den kommenden zwei Dekaden die größte globale Mittelschicht in der Weltwirtschaft. Verknüpft ist dieser Trend mit der umfassendsten Urbanisierungsdynamik in der Geschichte der Menschheit. 50% der Menschheit lebt heute in Städten, 2050 werden es 80% sein. Beide Trends müssen von der Emission klimaschädlicher Treibhausgase, dem Ressourcenverbrauch und der Überlastung von Ökosystemen entkoppelt werden, um Turbulenzen im Erdsystem in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auszuschließen. Deutschland genießt große Reputation als ökonomisch und technologisch starker Nachhaltigkeitspionier, gerade auch in den aufstrebenden Ländern. Konkrete und auf Reziprozität aufbauende Partnerschaften mit einer ausgewählten Gruppe aufsteigender Ökonomien (oder Regionen in diesen Ländern) sollten angestoßen werden, um Transformationen zur Nachhaltigkeit zu verstärken. Energie- und Mobilitätsysteme, urbane Infrastrukturen, ressourceneffiziente und klimaverträgliche Innovationen stünden im Zentrum dieser Partnerschaften. Gemeinsame Forschungs- und Ausbildungsanstrengungen, ambitionierte Standards (z. B. für Energieeffizienz von Gebäuden, für die Elektromobilität), die Verknüpfung von Emissionshandelssystemen (die eine Reform des europäischen Systems voraussetzt), gemeinsame Initiativen für Nachhaltigkeit in internationalen Organisationen (wie der Weltbank) oder Verhandlungsprozessen (wie den Klimaverhandlungen) wären Ausgangspunkte. Erklärtes Ziel wäre es, mit den aufstrebenden Staaten, Unternehmen und Gesellschaften Transformationsallianzen aufzubauen, um den Wandel zu einer klimaverträglichen und ressourceneffizienten Weltwirtschaft zu verstärken. Eine solche Strategie würde Märkte für "grüne" Innovationsprozesse schaffen und wäre damit auch im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft.
3. Wissen wird im 21. Jahrhundert, neben Recht, Macht und Geld, zu einer zentralen Ressource internationaler Kooperation. Gemeinsame Wissenskoooperation schafft akzeptiertes Wissen zu globalen Zukunftsfragen und damit Legitimation für gemeinsames Handeln. Außenwissenschaftspolitik und Wissenskoooperationen im weiteren Sinne müssen also einen neuen Stellenwert in der internationalen Kooperation einnehmen. Die Weltbank stellt Wissenskoooperationen in das Zentrum ihrer Zukunftsstrategie. Deutschland verfügt auch in diesem Feld über großes Ansehen und über enormes

Potenzial, ein zentraler globaler Knoten in den Wissensgebieten zu werden, die sich mit globalen Nachhaltigkeitsfragen beschäftigen.

4. Die Entwicklungspolitik kann ebenfalls wichtige Beiträge zu einer deutschen Strategie für globale nachhaltige Entwicklung leisten. Einerseits geht es um Armutsbekämpfung, insbesondere in den gut dreißig Ländern, die durch Gewalt und Staatenzerfall geprägt sind. Hier müssen Gesellschafts- und Staatenstabilisierung sowie Armutsbekämpfung verknüpft werden (in Zusammenarbeit zwischen BMZ, AA, Verteidigungsministerium). Andererseits geht es um Ansätze, um Transformationen zur Nachhaltigkeit und zu inklusiver Entwicklung in drei Ländergruppen zu unterstützen. In den ressourcenreichen Ländern Afrikas und Lateinamerikas geht es erstens um Initiativen, um in Zeiten hoher Rohstoffpreise die bekannten Dynamiken des "Ressourcenfluchs" zu verhindern und die steigenden Deviseneinnahmen für nachhaltige Entwicklung zu mobilisieren. In den schnell wachsenden Schwellenländern können zweitens strategische Partnerschaften breitenwirksame Nachhaltigkeitspiloten schaffen (hier müssen Initiativen des BMZ mit denen anderer Ressorts sinnvoll verknüpft werden). Drittens hat das BMZ gegenüber anderen Ressorts einen komparativen Vorteil in der Kooperation mit der großen Gruppe der "Zwischengesellschaften", die weder zu den ärmsten und fragilen Staaten, noch zu den aufsteigenden Schwellenländern gehören – Vietnam, Peru, Staaten des Kaukasus wären Beispiele für diese Gruppe. In der Entwicklungspolitik geht es eben nicht nur um die Qualität der Kooperation, strategische Impulse für Veränderungen zur Nachhaltigkeit, die Überwindung paternalistischer Kooperationsmuster, sondern es geht auch um Quantitäten und reale Investitionen. Will Deutschland seine Rolle in der Welt neu justieren und internationale Reputation ausbauen, sollte es zukünftig zu den Ländern gehören, die hohe Investitionen in die Entwicklungskooperation leisten.

Vieles der hier skizzierten Komponenten existiert bereits, sie müssten jedoch mit stark erhöhtem Kraftaufwand in der internationalen Politik verankert werden – sagen wir um Faktor 2-5 bis 2025.

"Faktor 2-5" verlangt vielfältige Anstrengungen: "scale matters", d. h. die Größenordnung der Investitionen in den jeweiligen Bereichen müsste gesteigert werden. Hierbei ist die Bündelung von Instrumenten und Aktivitäten unterschiedlicher Ressorts und anderer Akteure zu wirksamen Paketen wichtig.

Prioritätensetzungen müssen in dieser Bündelung deutlich werden. Internationale Agenda Setting-Anstrengungen müssten ausgebaut werden. Die Präsenz und die aktive Mitgestaltung in internationalen Organisationen und Netzwerken müssten verstärkt werden. Die Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft sollte weiterentwickelt werden.

Eine entsprechende Strategie müsste nicht nur für den Einsatz deutscher Instrumente gelten, sondern entsprechend auch in die Außen-, Entwicklungs-,

Energie- und Klimapolitik der EU eingebracht werden.

Schritte eines transformativen Pragmatismus

Ein Qualitätsschub in der internationalen Kooperation entsteht nicht durch einen Big Bang, beispielsweise durch eine umfassende und rasche Reform der Vereinten Nationen oder ein perfektes Klimaregime als Ergebnis der Klimaverhandlungen in Paris 2015.

Ein inkrementeller "überall ein bisschen mehr, alles ein bisschen besser-Ansatz" ist aber auch keine Alternative. Nötig ist vielmehr ein ambitionierter Ansatz Deutschlands zur Stärkung seiner internationalen Rolle, der Pragmatismus und den Anspruch auf transformatives Handeln miteinander verbindet.

Viele Elemente zur Steigerung der Gestaltungsfähigkeit Deutschlands sind schon vorhanden, sie können nun durch die Bündelung von Einzelinitiativen, klare Prioritäten, globales Agenda Setting, kluge Netzwerkbildung sowie durch zusätzliche Investitionen potenziert werden.

Die "neuen Außenbeziehungen" müssen von vielen Ressorts getragen und durch Interaktion zwischen diesen sowie mit der Gesellschaft und Wissenschaft potenziert werden. Dem Auswärtigen Amt wächst in diesem Rahmen, neben den "klassischen Aufgaben" der Diplomatie und der Außen- und Sicherheitspolitik, eine Schlüsselrolle als "Netzwerkmanager" zu, damit vielfältige Beiträge in gemeinsamen Handlungskorridoren zusammengeführt werden können.

Das Auswärtige Amt ist hierbei auf starke andere Ressorts angewiesen, die ihre jeweiligen Kompetenzen einbringen: eine um "Faktor 2-5" höhere Wirkung wäre der Anspruch für die Gestaltungsmacht Deutschland auf dem Weg in Richtung 2025.

Auf diesem Weg gibt es Kontinuitäten und neue Anforderungen. Deutschland als Gestaltungsmacht, die sich eng mit europäischen Partnern abstimmt und die europäische Außenpolitik voranbringt, sollte eine Kontinuität sein. Die Orientierung auf multilaterale Lösungen und eine Stärkung des Völkerrechts ist eine zweite Kontinuität, die allerdings im Kontext von Machtverschiebungen und -rivalitäten, flexiblen und polyzentrischen Machtarchitekturen sowie der Schwäche und Reformresistenz vieler internationaler Organisationen oft auf harte Proben gestellt wird – und dennoch als Orientierungspunkt nicht aufgegeben werden darf.

Der Aufbau von Vorreiterallianzen, Clubs von Gleichgesinnten, die Vorhaben schneller und ambitionierter voranbringen können als umfassende multilaterale Prozesse, die stets auf die langsamsten Akteure und Bremser Rücksicht nehmen müssen, sollte stärker als in der Vergangenheit betont werden, z.B. ein ambitionierter Club von Energiewendeländern.

Auch die heutige EU, die Euro-Länder oder auch die WTO sind als kleinere Clubs gestartet, haben sich gemeinsame Club-Vorteile verschafft, ihre Attraktivität gesteigert und damit Impulse für einen umfassenderen Multilateralismus gegeben. In

der globalen Nachhaltigkeitspolitik könnten ambitionierte Clubs Kipp-Punkte zur Nachhaltigkeit in der Weltwirtschaft erzeugen. Deutschland könnte hier eine wichtige Rolle spielen.

Eine globale Kultur der Kooperation

Die Schaffung einer globalen Kultur der Kooperation ist Voraussetzung dafür, um im 21. Jahrhundert globale Interdependenzen friedlich zu gestalten, die globalen Systemrisiken einzuhegen und die globalen Gemeinschaftsgüter (allen voran das Erdsystem, aber auch die internationalen Finanzmärkte) zu stabilisieren und auf Grundlage allgemein akzeptierter Fairnesskriterien zu nutzen.

Bundespräsident a. D. Horst Köhler hat auf diese große Aufgabe im Rahmen seiner Arbeit für das "High Level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda" immer wieder hingewiesen. Machtverschiebungen, polyzentrische Machtgefüge, die Erosion von Nord-Süd-, Geber-Nehmer-Strukturen, also der Übergang in eine postwestliche Weltordnung machen Anstrengungen zur Entwicklung einer tragfähigen und friedlichen globalen Kooperationsstruktur notwendig.

Hiermit sind unterschiedliche und langfristige Dynamiken angesprochen: Verhandlungen von Interessengegensätzen sowie die Schaffung gemeinsamen Interessen sind notwendig. Dialoge über unterschiedliche sowie gemeinsame Normen und Werte sowie Mechanismen der Zusammenarbeit, die kulturelle Diversität akzeptieren, ohne grundlegende Menschenrechte zu relativieren, müssen geführt werden. Gemeinsame globale Wissensproduktionen können helfen, gemeinsame Perspektiven und Ansätze für internationale Problemlösung zu erarbeiten.

Aus der Kooperationsforschung sind die zentralen Mechanismen bekannt, um Kooperationsbeziehungen zu entwickeln: Reziprozität, Vertrauen, dichte Kommunikationsbeziehungen, Reputation, Fairness, Instrumente zur Unterstützung regelkonformen Verhaltens oder zur Sanktionierung von free rider – Strategien, Wirkidentitäten und gemeinsame Narrative.

In Räumen und Akteurskonstellationen, in denen diese Mechanismen stark ausgeprägt sind, steigen die Chancen, Machtspiele in Kooperationsbeziehungen einhegen zu können und die Wahrscheinlichkeiten dafür, Strategien gemeinsamer Problemlösung gegen enge Einzelinteressen durchsetzen zu können. Nichts davon ist einfach, Rückschläge sind unvermeidlich, alle Elemente brauchen Zeit und langen Atem.

Sicher ist, dass eine globale Kooperationskultur, die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angemessen wäre, nicht automatisch aus den Dynamiken globalen Wandels entsteht. Eine derartige neue globale Kooperationskultur aufzubauen, ist eine der vornehmsten Aufgaben der neuen Außenpolitik.